

Haushaltseinigung stoppt Debatte: Kühnert hofft auf Sommerpause

Kevin Kühnert rät zu Atempause in Haushaltsdebatte -
Einigung der Ampel-Spitzen bringt vorerst Ruhe.
Diskussionen erst nach Kabinettsbeschluss ab 17. Juli.
Debatte um Verteidigungsetat und Investitionen erwartet.



NACHRICHTEN AG
ECHT. AKTUELL. FREI. - NEWS IN ECHTZEIT

Berlin | Kühnert rät Ampel zu Atempause in Haushaltsdebatte

Nach der Einigung der Ampel-Spitzen auf einen Haushaltsentwurf setzt SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert auf eine vorübergehende Ruhe in der politischen Debatte. Das Streben nach einem ausgeglichenen Haushalt hat in den letzten Monaten zu vielen Diskussionen geführt. Kühnert betont jedoch, dass konkrete Änderungen am Budget erst sinnvoll sind, nachdem der vollständige Entwurf vom Kabinett verabschiedet wurde, was am 17. Juli der Fall sein wird. Bis dahin schlägt er vor, dass sich die Politiker in Berlin eine kleine Sommerpause gönnen sollten, um Energie zu tanken. Dies würde auch den

Bürgern im Land eine Verschnaufpause gönnen.

Die Einigung zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) über die Eckpunkte des Bundeshaushalts 2025 war von großer Bedeutung und markierte das Ende eines langanhaltenden Konflikts. Eine besondere Bedeutung lag darin, dass die Schuldenbremse eingehalten wird und eine Haushaltsnotlage vermieden wurde, insbesondere aufgrund der Ausgaben für die Unterstützung der Ukraine. Christian Lindner brachte hierbei seine Prioritäten klar zum Ausdruck.

Der Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) konnte jedoch nicht alle seine Forderungen durchsetzen. Trotz des Wunsches nach einer erhöhten Verteidigungsausgaben um mehr als sechs Milliarden Euro wurde ihm lediglich eine Erhöhung um 1,2 Milliarden Euro gewährt. Diese Entscheidung stieß auf Kritik, auch innerhalb der Ampel-Koalition. Der SPD-Haushaltsexperte Andreas Schwarz fordert bereits Nachbesserungen während des parlamentarischen Verfahrens.

Generalinspekteur Carsten Breuer sieht diese Einigung als Chance für eine langfristige Stärkung des Verteidigungshaushalts. Die zunehmende Bedrohungslage erfordert Investitionen, um sicherzustellen, dass die Bundeswehr in Zukunft gut gerüstet ist. Der Fokus liegt dabei auf der Sicherstellung der Betriebsfähigkeit neuer Waffensysteme. Die bessere Ausstattung der Soldaten ist von entscheidender Bedeutung, um möglichen zukünftigen Bedrohungen angemessen entgegentreten zu können.

Die Einigung der Ampel-Spitzen wird als solide Basis für weitere Haushaltsberatungen angesehen. Der Deutsche Bundestag wird im Herbst Änderungen am Haushalt vornehmen, was ein normaler Bestandteil des Prozesses ist. Die Grünen haben bereits signalisiert, dass schwierige Verhandlungen bevorstehen, insbesondere im Bereich der Infrastrukturinvestitionen. Es wird erwartet, dass alle

Möglichkeiten genutzt werden müssen, um die notwendigen Ressourcen für die Sicherung der Schieneninfrastruktur bereitzustellen.

Die Diskussion über die Verteidigungsausgaben wirft auch Fragen darüber auf, wie Deutschland seine eigene Sicherheit gewährleisten will. Die Debatte über die langfristige Bindung von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungszwecke ist von großer Bedeutung. Christoph Heusgen, der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, fordert eine offene Diskussion darüber, welche Opfer gemacht werden müssen, um die Sicherheit zu erhöhen. Diese Diskussion wird jedoch oft vermieden, obwohl sie von großer gesellschaftlicher Relevanz ist.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de